

Von: Auer Johann <Johann.Auer@stadt-salzburg.at>
Betreff: WG: Sparpaket
Datum: 03. August 2009 15:01:38 GMT+02:00
An: "fkuehberger@a1.net" <fkuehberger@a1.net>
► 1 Anhang, 3,0 KB

Gewerkschaft der Gemeindebediensteten

Salzburg, am 3.8.2009

Land schnürt Sparpaket
Null - Lohnrunde, keine Biennalvorrückungen für 2010 und 2011 vorgesehen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Vergangenen Freitag Nachmittag haben in seltener Einigkeit die stv. Landeshauptleute Dr. Haslauer und Mag. Brenner in einer Pressekonferenz ein Sparprogramm des Landes verkündet. Dabei sollen, ohne mit der Gewerkschaft, Personalvertretung bzw. den BetriebsrätInnen diesbezüglich Verhandlungen geführt zu haben, für die Jahre 2010 und 2011 sowohl die Biennalvorrückung als auch die Gehaltserhöhung ausgesetzt werden.

Beide Politiker haben mit dieser Vorgangsweise nicht nur den bewährten Weg der Sozialpartnerschaft verlassen, sondern setzen damit auch die Städte und Gemeinden des Bundeslandes Salzburg unter Druck, ebenfalls ins selbe Horn zu stoßen.

Die Gewerkschaft der Gemeindebediensteten lehnt eine derartige Vorgangsweise kategorisch ab, weil damit für Bedienstete sowohl im Aktivstand, als auch später in der Pension ein massiver Reallohnverlust verbunden ist.

Telefonate mit Bgm. Dr. Schaden und Gemeindebundpräsident Mödlhammer zu ihrer Haltung zum Maßnahmenpaket des Landes befragt, haben ergeben, dass Bgm. Schaden für die Stadt Salzburg die Null-Lohnrunden für die Jahre 2010 und 2011 mittragen will. Die in den jeweiligen Gesetzen geregelten Biennalvorrückungen bleiben aber unverändert aufrecht. Präs. Mödlhammer betonte in einer ersten Reaktion, dass er das Ergebnis der Gehaltsverhandlungen auf Bundesebene für die Gemeinde und Städte übernehmen möchte.

Zum Vorstoß der beiden Landespolitiker hält die GdG folgendes fest:

Üblicherweise finden im Herbst über Antrag der GdG und der GÖD mit den Dienstgebervertretern Bund, Länder, Städtebund sowie Gemeindeverband Gehaltsverhandlungen statt. Das Ergebnis, das derzeit niemand voraussagen kann, bedeutet für die öffentlich Bediensteten eine Bezugserhöhung und ist von den jeweiligen Gebietskörperschaften in ihren dafür bestimmten dienst- u. besoldungsrechtlichen Bestimmungen umzusetzen. Zur Erinnerung: Auch in Zeiten der Krise, haben auch heuer die Gewerkschaften der davon betroffenen Branchen Lohnerhöhungen über den Kollektivvertrag erfolgreich verhandeln können. Ein Ausscheren des Bundeslandes Salzburg aus den künftigen Verhandlungen ist ein einmaliger Akt und ein Affront gegenüber den KollegInnen.

An die Adresse Dr. Haslauer und Mag. Brenner gerichtet, halten wir fest, dass die öffentlich Bediensteten nicht die Zeche für die Wirtschaftskrise zahlen. Haslauer soll in seiner Partei dafür sorgen, dass jene, die die Krise verursacht haben, auch ihren Beitrag zur Bewältigung der Wirtschaftskrise leisten. Wenn wenige Menschen auf Kosten aller anderen Millionen bzw. Milliarden verdienen, ist das nicht sozial gerecht. Hier hat die ÖVP Handlungsbedarf und ihre Blockadepolitik zu Gunsten der Reichen bzw. vermögensbezogenen Steuern zu beenden. Auf Kosten der KollegInnen - egal vom Müllentsorger, KindergartenpädagogInnen, SozialarbeiterInnen bis zum Pflegepersonal oder die der Anpassung an das Vertragsbedienstetenrecht unterliegenden KollegInnen der Gemeindeverbände, TSG und Salzburg AG, um nur einige aus der breiten Dienstleistungspalette zu nennen - ein Budget zu sanieren spiegelt das Sozialpartnerverständnis dieser Partei.

Wenn Mag. Brenner meint, dass das Land noch immer ein sicherer Dienstgeber ist, sei ihm ins Stammbuch geschrieben, dass die KollegInnen im Öffentlichen Dienst nicht für sichere Arbeitsplätze bezahlt werden, sondern für ihre Arbeit, die auch in Zeiten einer Krise hervorragend geleistet wird. In den letzten Jahren wurden sogar vielfach Planstellen eingespart, während die Aufgaben zugenommen haben. Viele Bedienstete sind dadurch bereits an die Grenze ihrer Belastbarkeit gelangt und sollen dafür nun finanziell bestraft werden.

Die GdG-Salzburg hat sofort nach Bekanntwerden des Maßnahmenpaketes des Landes die Gewerkschaftsspitzen auf Bundesebene informiert. Wir lehnen einseitige Eingriffe im Dienst- u. Besoldungsrecht ab. Wir fordern unverzüglich die Aufnahme von Verhandlungen, da zu befürchten ist, dass das Land den Druck auf die Städte und Gemeinden zur Umsetzung selbiger Maßnahmen ausüben wird. Die GdG will keine Verunsicherung der Bediensteten und fordert Klarheit über die künftige Vorgangsweise. Mit der Rasenmähermethode ohne soziale Verantwortung darüberzufahren zeigt von Fantasielosigkeit. Ein Eingriff in erworbene Rechte wird von der GdG nicht hingenommen und mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft.

F.d.Gewerkschaft der Gemeindebediensteten:

Johann Auer
Vorsitzender

